



★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM

**117,65 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS

**62,83 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZAHL DES TAGES

116.000

MW beträgt die Gesamtleistung der Batteriespeicher, für die Anschlussanfragen im Netzgebiet von Westnetz vorliegen

KLIMASCHUTZ

EU-Methanregeln stoßen weiter auf Kritik

WINDKRAFT

OFFSHORE

Erster Strom aus Nordseecluster A

STROMNETZ

Erste Netzanschlussvergabe nach Reifegrad

Inhalt

TOP-THEMA

→ **WÄRME:** Fernwärmepreise bleiben auf stabilem Niveau

POLITIK & RECHT

- **KLIMASCHUTZ:** EU-Methanregeln stoßen weiter auf Kritik
- **RECHT:** DUH meldet weiteren Erfolg gegen „Ökogas“-Werbung
- **WINDKRAFT ONSHORE:** Thüringen will schnellere Genehmigungen für Energieanlagen
- **KOHLEKRAFTWERKE:** SPD fordert Offenlegung aller Unterlagen zum Kohleausstieg

HANDEL & MARKT

- **WINDKRAFT OFFSHORE:** Erster Strom aus Nordseecluster A
- **BRANCHENANALYSE:** Versorger setzen auf bestehende Wärmenetze
- **VERANSTALTUNG:** Volta-X 2027 bündelt Energiethemen in Stuttgart
- **STATISTIK DES TAGES:** Deutsches Importvolumen von Erdgas aus Norwegen

TECHNIK

- **STROMNETZ:** Erste Netzanschlussvergabe nach Reifegrad
- **STROMSPEICHER:** Neue Anschlussvereinbarung von Westnetz für Speicher
- **STROMNETZ:** Bundesnetzagentur publiziert Karte zur Netzqualität
- **IT:** Edna veröffentlicht Standardschnittstelle für Steuerung von Anlagen

UNTERNEHMEN

- **BETEILIGUNG:** Sunfire wird Vorzugspartner von Nordic Ren-Gas
 - **WÄRMENETZ:** Fernwärme für über 5.000 Wohnungen in Bremerhaven
 - **BETEILIGUNG:** Stadtwerke gründen Bergische Kooperation
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** LNG-Sorgen lassen Gaspreise steigen
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Fernwärmepreise bleiben auf stabilem Niveau



Quelle: Shutterstock

WÄRME. Die Preistransparenzplattform von AGFW, BDEW und VKU weist zum Stichtag 1. April 2026 stabile Fernwärmepreise und Fortschritte bei der Dekarbonisierung der Wärmenetze aus.

Die Preistransparenzplattform Fernwärme hat ihre Marktabdeckung weiter ausgebaut. Nach Angaben der Plattform sind inzwischen 710 Teilnetze erfasst. Damit bildet sie mehr als die Hälfte des deutschen Fernwärmeabsatzes ab und umfasst rund 27.000 Kilometer Fernwärmenetz sowie einen Wärmeabsatz von rund 61.500 Millionen kWh. Seit dem Start der Plattform kamen 158 weitere Teilnetze hinzu.

Laut dem aktuellen Halbjahresbericht vom 22. Juli bleibt das Preisniveau im Fernwärmemarkt stabil. Der gewichtete Mischpreis für den typisierten Abnahmefall eines Mehrfamilienhauses lag zum Stichtag 1. April 2026 bei 15,6 Cent pro kWh brutto. Bereits ein Jahr zuvor hatte dieser Wert auf demselben Niveau gelegen. Insgesamt profitieren der überwiegende Teil der Fernwärmekundinnen und -kunden von Preisen um 16 Cent pro kWh brutto.

Die Plattform wird gemeinsam vom AGFW, dem Energieeffizienzverband für Wärme, Kälte und Kraft-Wärme-Kopplung in Frankfurt am Main, dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) sowie dem Verband kommunaler Unternehmen (VKU) betrieben. Sie soll Verbraucherinnen und Verbrauchern, Unternehmen sowie der Politik eine transparente Datengrundlage zu Fernwärmepreisen und zur Entwicklung der Wärmenetze bieten.

Nach Angaben der Plattform bewegen sich die Preise für nahezu den gesamten erfassten Wärmeabsatz in einem Korridor zwischen 12,5 und 17,5 Cent pro kWh. Größere Abweichungen träten nur bei einem kleinen Teil des Marktes auf. Unterschiede ergeben sich den Angaben zufolge vor allem aus den lokal verfügbaren Energieträgern und deren Kosten.

Im Vergleich zu Heizöl oder Erdgas reagiert Fernwärme laut den Auswertungen weniger stark auf kurzfristige Preisschwankungen. Als Grund nennen die Verbände die Preisanpassungssystematik der Branche. Mehr als 60 Prozent der Versorgungsunternehmen passten ihre Preise nur einmal jährlich an, überwiegend zum Jahresbeginn. Dadurch würden Entwicklungen an den Energiemärkten zeitversetzt und schrittweise an die Kundinnen und Kunden weitergegeben.

Dekarbonisierung macht Fortschritte

Neben der Preisentwicklung dokumentiert die Plattform auch den Fortschritt bei der Dekarbonisierung der Fernwärme. Nach den aktuellen Daten stammen bereits 29 Prozent der Wärmeerzeugung aus klimafreundlichen Quellen. Zudem erfüllen 314 der 710 gemeldeten Wärmenetze bereits heute die gesetzlichen Anforderungen für das Jahr 2030. Dafür muss der Anteil klimafreundlicher Wärme mindestens 30 Prozent betragen.

BDEW-Hauptgeschäftsführerin Kerstin Andreae sieht die Branche bei der Transformation auf Kurs. Die Fernwärmeunternehmen investieren in den Ausbau und die Dekarbonisierung der Wärmenetze und sorgen gleichzeitig für Preisstabilität, sagte sie. Nun müsse die Politik mit dem angekündigten Wärmenetzpaket die rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen schaffen, damit die Transformation weiter vorankomme, forderte Andreae.

Verbände fordern mehr Geld für Wärmewende

Auch AGFW-Geschäftsführer Frank Mattat verweist auf die Fortschritte beim Umbau der Wärmenetze. Gleichzeitig fordert er Reformen der Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Versorgung mit Fernwärme (AVBFernwärmeV), der Wärmelieferverordnung sowie eine gesetzliche Absicherung der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW).

Der VKU fordert ebenfalls weitere politische Unterstützung. Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer Kai Lobo spricht sich unter anderem für eine gesetzliche Absicherung und Aufstockung der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze von derzeit 1,4 Milliarden auf 3,5 Milliarden Euro pro Jahr aus. Außerdem seien die Anpassungen der genannten Wärmegesetze und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes erforderlich, um den Ausbau der Fernwärme weiter voranzubringen, so Lobo.

Der aktuelle [Bericht der Preistransparenzplattform Fernwärme](#) steht im Internet bereit. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Susanne Harmsen

EU-Methanregeln stoßen weiter auf Kritik

KLIMASCHUTZ. Die EU-Kommission hat Empfehlungen zur Umsetzung der Methanverordnung vorgelegt. Wirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) und die Gaswirtschaft halten sie nicht für rechtssicher.

Die Europäische Kommission hat am 21. Juli Empfehlungen zur Umsetzung der europäischen Methanverordnung veröffentlicht und reagiert damit auf Kritik an den Importvorgaben für Öl- und Gaslieferungen. Sie empfiehlt den Mitgliedstaaten, Verstöße gegen bestimmte Importregelungen in den Jahren 2027 bis 2029 grundsätzlich nicht zu sanktionieren. Die zugrunde liegenden Pflichten für Unternehmen bleiben jedoch bestehen.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) bewertet diesen Vorschlag als unzureichend. Laut ihrem Ministerium (BMWE) erkenne die EU-Kommission selbst an, dass die geltenden Importregelungen erhebliche Rechtsunsicherheit verursachen und die Versorgungssicherheit beeinträchtigen könnten. Dennoch halte sie an den rechtlichen Verpflichtungen für Unternehmen fest und empfehle lediglich einen vorübergehenden Verzicht auf Sanktionen.

Methan-Verordnung um drei Jahre verschieben

Reiche erklärte, dieser Ansatz schaffe keine Rechtssicherheit, da die Unternehmen weiterhin dem Risiko möglicher Rechtsverstöße ausgesetzt seien. Zudem fehlten aus ihrer Sicht weiterhin wesentliche Voraussetzungen, damit Importeure die Einhaltung der Vorgaben in internationalen Lieferketten verlässlich nachweisen könnten. Es könne nicht Aufgabe der Unternehmen sein, die Folgen unvollständiger europäischer Regelungen zu tragen.

Die Ministerin sprach sich deshalb erneut dafür aus, die betroffenen Importregelungen der Methanverordnung um drei Jahre zu verschieben. Angesichts der angespannten Lage im Nahen Osten und des verschärften Wettbewerbs um LNG-Lieferungen sei eine klare und rechtsverbindliche Lösung erforderlich. Die Methanverordnung sei grundsätzlich ein wichtiges Instrument für den Klimaschutz im Energiesektor, ihre Vorgaben müssten jedoch praktisch umsetzbar, rechtssicher und mit der Versorgungssicherheit vereinbar sein.

Gaswirtschaft verlangt Nachbesserung

Auch der Verband Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft (DGWW) bewertet die Empfehlungen der EU-Kommission als Schritt in die richtige Richtung, sieht jedoch weiterhin erheblichen Handlungsbedarf. Vorstand Timm Kehler erklärte, die Branche unterstütze die Ziele der Methanverordnung, insbesondere die Verringerung, Messung und transparente Dokumentation von Methanemissionen entlang der gesamten Lieferkette. In ihrer derzeitigen Form sei die Verordnung jedoch nicht praxistauglich.

Nach Einschätzung Kehlers erkennt die EU-Kommission mit ihren Empfehlungen die Bedenken der Branche an und komme den Unternehmen bei der praktischen Umsetzung entgegen. Die vorgeschlagene dreijährige Sanktionspause könne Zeit für notwendige Anpassungen schaffen, Sorge aber nicht für belastbare Rechtssicherheit. Die Pflichten der Verordnung gälten unverändert weiter. Auch die neuen Hinweise zur Nachweisführung in internationalen Lieferketten seien aus Sicht des Verbandes zwar ein Fortschritt, rechtlich jedoch unverbindlich.

Verbindliche Standards definieren

Der Verband fordert deshalb verbindliche, EU-einheitliche Zertifizierungsstandards sowie rechtssichere Lösungen für die Umsetzung der Verordnung. Zudem müsse das deutsche Durchführungsgesetz klare Zuständigkeiten schaffen und einen verhältnismäßigen Vollzug sicherstellen. Nur so könne der zeitliche Aufschub genutzt werden, um die aus Sicht der Branche bestehenden Konstruktionsmängel der Verordnung zu beheben.

Die EU-Methanverordnung ist seit 2024 in Kraft. Ab dem 1. Januar 2027 sollen Importeure für bestimmte Lieferverträge nachweisen, dass Produzenten außerhalb der Europäischen Union ihre Methanemissionen mindestens nach vergleichbaren Standards überwachen und dokumentieren wie Unternehmen innerhalb der EU. Die aktuellen Empfehlungen der Kommission ändern an diesen gesetzlichen Verpflichtungen zunächst nichts, sondern betreffen lediglich den Umgang der Mitgliedstaaten mit möglichen Verstößen. (sh) // VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

DUH meldet weiteren Erfolg gegen „Ökogas“-Werbung



Quelle: Shutterstock / sergign

RECHT. Nach Angaben der Deutschen Umwelthilfe hat das Landgericht Düsseldorf der Klage gegen die Werbung der NEW für „Ökogas“ stattgegeben.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat im Streit um die Werbung für Erdgas einen weiteren juristischen Erfolg erzielt. Das Landgericht Düsseldorf habe eine Klage gegen die NEW Niederrhein Energie und Wasser GmbH in Mönchengladbach stattgegeben und dem Unternehmen untersagt, konventionelles Erdgas als „Ökogas“ zu bewerben, heißt es in einer Mitteilung der Umweltorganisation. Nach Auffassung der DUH folgte das Gericht ihrer Argumentation, wonach die Bezeichnung Verbraucher über die Umwelt- und Klimawirkungen des Produkts täusche.

„Der Energieversorger NEW hat Verbraucherinnen und Verbraucher dreist getäuscht, indem er fossiles Erdgas realitätsfern als ‚Ökogas‘ beworben hat“, erklärte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. Die Kompensation der Emissionen durch CO₂-Zertifikate mache fossiles Erdgas nicht zu einem ökologischen Produkt. Insbesondere Waldschutzprojekte könnten den langfristigen Ausstoß von Kohlendioxid nicht dauerhaft ausgleichen.

Eine Bestätigung des Urteils durch das Landgericht Düsseldorf liegt aktuell noch nicht vor, ebenso wenig wie eine Stellungnahme der NEW. Auch ist offen, ob das Urteil bereits rechtskräftig ist oder Rechtsmittel eingelegt werden.

Der Rechtsstreit ist Teil einer seit 2024 laufenden Kampagne der DUH gegen die Vermarktung sogenannter klimaneutraler oder klimakompensierter Gastarife. Ausgangspunkt waren Recherchen des Netzwerks Correctiv. Sie zeigten, dass Energieversorger CO₂-Gutschriften aus Minderungsprojekten nutzten, deren Wirkung nach Einschätzung der Rechercheure zweifelhaft oder nicht nachweisbar war. Die DUH ging zunächst gegen 15 Gasversorger zur Abgabe von Unterlassungserklärungen vor (wir berichteten). Einige Unternehmen änderten daraufhin ihre Produktbezeichnungen oder passten ihre Werbung an.

Einige Monate später weitete die DUH die Kampagne auf weitere Versorger aus (wie berichteten). Sie kritisiert dabei Werbeaussagen wie „klimaneutral“ oder „Ökogas“, wenn diese überwiegend auf Kompensationsmaßnahmen beruhen. Nach Auffassung der DUH würden Verbraucher dadurch über die tatsächlichen Klimaauswirkungen fossilen Erdgases in die Irre geführt. // **VON STEFAN SAGMEISTER**

[^ Zum Inhalt](#)

Thüringen will schnellere Genehmigungen für Energieanlagen



Quelle: Shutterstock / Jacques Tarnero

WINDKRAFT ONSHORE. Die Stellungnahmen der zuständigen Fachbehörden bei Genehmigungen sollen in Thüringen künftig fristgerechter vorliegen. Dazu gibt es nun einen Maßnahmenkatalog.

Mit einem neuen Erlass will die Thüringer Landesregierung Genehmigungsverfahren für Industrie- und Energieanlagen beschleunigen. Ziel ist es, die gesetzlich vorgeschriebene Frist von einem Monat für Stellungnahmen der beteiligten Fachbehörden künftig konsequenter einzuhalten.

Der Erlass gilt ab sofort, heißt es aus dem zuständigen Umweltministerium in Erfurt. Er ergänzt nach Angaben der Behörde, die auch für die Energiewirtschaft zuständig ist, die bereits bestehenden Maßnahmen zur Verfahrensbeschleunigung.

Betroffen sind Genehmigungen nach dem Immissionsschutz- und Energierecht, etwa für Fabriken, Heizkraftwerke, Abfallbehandlungsanlagen sowie Biogas- und Windenergieanlagen. Schafft eine Fachbehörde die Ein-Monats-Frist voraussichtlich nicht, sieht der Erlass abgestufte Unterstützungsmaßnahmen vor.

So kann zunächst die übergeordnete Fachbehörde die Bearbeitung unterstützen. Reicht dies nicht aus, kann ein Projektmanager die Verfahrenskoordination übernehmen oder ein externer Sachverständiger hinzugezogen werden. In Ausnahmefällen soll die Genehmigungsbehörde die ausstehende Stellungnahme selbst erarbeiten können. Nach Angaben des Umweltministeriums soll damit verhindert werden, dass einzelne verspätete Stellungnahmen das gesamte Genehmigungsverfahren verzögern.

Bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen müssen zahlreiche Fachbehörden beteiligt werden – etwa Naturschutz-, Wasser-, Denkmalschutz- oder Gesundheitsbehörden. Verzögert sich die Stellungnahme einer dieser Stellen, kann sich das gesamte Genehmigungsverfahren verlängern. Der neue Erlass soll diese Verzögerungen durch organisatorische Unterstützung auffangen, ohne die gesetzlichen Prüfanforderungen zu verändern.

Umweltstaatssekretärin Karin Arndt begründete den Schritt mit der Bedeutung schneller Entscheidungen für Unternehmen und Investitionen. „Schnelle Genehmigungsverfahren sind für das Gelingen von wirtschaftlichem Wachstum und der Energiewende wichtig. Oft geht es auch um große Investitionen, bei denen möglichst schnell Klarheit geschaffen werden soll – bei gleichbleibend hohem Niveau für den Umweltschutz“, sagte sie. Das Ministerium betont, dass die fachliche Prüfung und die Anforderungen des Umweltschutzes unverändert bestehen bleiben.

Nach Angaben des Ministeriums baut der Erlass auf bereits eingeführten Instrumenten auf. Dazu gehören die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der seit Januar 2025 mögliche Einsatz von Projektmanagern, die Genehmigungsbehörden organisatorisch unterstützen. // VON STEFAN SAGMEISTER

[^ Zum Inhalt](#)

SPD fordert Offenlegung aller Unterlagen zum Kohleausstieg



Quelle: Photocase / Markus Imorde

KOHLEKRAFTWERKE. Bis Mitte August muss der Bund entscheiden, ob das Jahr 2030 für den vorgezogenen Kohleausstieg in NRW zu halten ist. Die SPD fordert Einsicht in alle Entscheidungsgrundlagen.

Angesichts erster Forderungen nach einer Verschiebung des Kohleausstiegs fordert die SPD-Opposition im nordrhein-westfälischen Landtag mehr Informationen von der Landesregierung ein. Bis heute verschweige die schwarz-grüne NRW-Regierung, auf welcher Grundlage sie seinerzeit die Entscheidung für den vorgezogenen Kohleausstieg bis 2030 getroffen habe, welche Gutachten vorlagen und welche Risiken dabei in Kauf genommen worden seien, sagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Alexander Vogt.

Nach Ansicht der SPD wurde der 2022 zwischen dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, der NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (beide Grüne) und dem Energiekonzern RWE vereinbarte Kohleausstieg bis heute nicht transparent aufgearbeitet. Auch parlamentarische Nachfragen beantwortete die Landesregierung nur unzureichend. Vogt kündigte an, dass die SPD auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes die Herausgabe aller entscheidungsrelevanten Unterlagen verlangen werde.

Zweifel am Kohleausstiegstermin auch bei Evonik

Selbst energieintensive Unternehmen wie Evonik bezweifelten inzwischen öffentlich, dass der Kohleausstieg 2030 realistisch sei, sagte Vogt. Der Chef des Chemiekonzerns Evonik, Christian Kullmann, hatte sich dafür ausgesprochen, den in NRW geplanten Kohleausstieg zu verschieben. Es gebe nicht genug Gaskraftwerke, um die Versorgung zu sichern, hatte er der *Rheinischen Post* gesagt.

Bis Mitte August muss der Bund entscheiden, ob NRW bis 2030 aus der Kohleverstromung aussteigen kann - oder ob die letzten drei Braunkohleblöcke im Rheinischen Revier für eine Übergangszeit bis Ende 2033 in eine Reserve überführt werden und damit verfügbar bleiben.

Plan zum Bau von Gaskraftwerken gebilligt

Der Bundestag hatte vor rund zwei Wochen den Plan zum Bau zahlreicher neuer Gaskraftwerke in den nächsten fünf Jahren gebilligt. Die neuen Anlagen sollen den Kohleausstieg und den Ausbau von Ökostrom flankieren und befürchtete Lücken in der Stromversorgung vermeiden. Noch in diesem Jahr sollen Ausschreibungen für insgesamt 11 Gigawatt neuer Kapazitäten beginnen, die spätestens Ende 2031 am Netz sein sollen.

SPD und FDP in NRW kritisieren seit langem das Zustandekommen der Vereinbarung zum vorgezogenen Kohleausstieg in NRW. Sie werfen der Landesregierung „Geheimniskrämerei“ und einen „Hinterzimmer-Deal“ vor. Die SPD will nun herausfinden, welche Kosten auf die Steuerzahler bei einer möglichen Verschiebung des Kohleausstiegs zukommen. Vogt sagte, es müsse noch wesentlich mehr Unterlagen geben als die, die bisher vorgelegt wurden.

Die FDP hatte bereits mit Hilfe des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) den Mailverkehr zu dem im Oktober 2022 von Neubaur, Habeck und RWE-Chef Markus Krebber in Berlin verkündeten Ausstiegsplan erstritten. Die Herausgabe weiterer Unterlagen hatte die Landesregierung nach FDP-Angaben allerdings in großen Teilen abgelehnt. Dagegen klagte Landesparteichef Henning Höne 2024 vor dem Verwaltungsgericht Münster. Das Verfahren dauere an, die Landesregierung habe mehrfach Fristverlängerungen beantragt, teilte die FDP-Fraktion mit. // VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Die erste Anlage im Nordseecluster A liefert Strom Quelle: RWE / Matthias Ibeler

Erster Strom aus Nordseecluster A

WINDKRAFT OFFSHORE. Der Energiekonzern RWE hat erstmals Strom aus dem Offshore-Windpark Nordseecluster A in das deutsche Netz eingespeist. Die vollständige Inbetriebnahme ist für Anfang 2027 geplant.

Am 22. Juli meldet RWE die erste Stromeinspeisung aus dem Offshore-Windpark Nordseecluster A in das deutsche Netz. Damit erreicht das Unternehmen einen weiteren Baufortschritt bei seinem Offshore-Projekt in der deutschen Nordsee, rund 50 km nördlich der Insel Juist. Erst wenige Wochen zuvor hatte RWE die erste Windkraftanlage des Projekts installiert.

Laut RWE schreitet die Installation der Windkraftanlagen planmäßig voran. Parallel dazu erfolgen Tests und die Inbetriebnahme der einzelnen Anlagen schrittweise. Nordseecluster A soll Anfang 2027 vollständig ans Netz gehen und dann eine installierte Leistung von 660 MW haben.

Der Strom der insgesamt 44 Windenergieanlagen wird zunächst in zwei Offshore-Umspannwerken gesammelt und auf 155 kV für den Weitertransport hochtransformiert. Anschließend gelangt er über die Offshore-Konverterplattform des Übertragungsnetzbetreibers Tennet an Land, wo er in der Konverterstation Emden/Ost in das Höchstspannungsnetz eingespeist wird. Zwei Offshore-Umspannwerke seien erforderlich, da Nordseecluster A über zwei separate Netzanschlusspunkte verfüge, heißt es in einer Mitteilung von RWE.

Projekt A liegt im Plan

Sven Utermöhlen, CEO von RWE Offshore Wind, bezeichnete die erste Stromeinspeisung als planmäßigen Fortschritt des 1,6-GW-Projekts. An das erste Teilprojekt soll sich Nordseecluster B anschließen. Dadurch erhöht sich die Leistung nach Unternehmensangaben um weitere 900 MW. Die Produktion einzelner Komponenten habe bereits begonnen. Die Errichtung der Fundamente soll 2027 starten, die Installation der 60 Windkraftanlagen des Herstellers Vestas ist für 2028 vorgesehen. Eine Inbetriebnahme von Nordseecluster B plant RWE für Anfang 2029.

Laut RWE werden beide Ausbaustufen zusammen künftig rund 6,5 Milliarden kWh Strom pro Jahr erzeugen. RWE will den erzeugten Strom nach eigenen Angaben nutzen, um Industriekunden bei der

Dekarbonisierung mit entsprechenden Energielösungen zu versorgen.

Das Nordseecluster ist ein Gemeinschaftsprojekt von RWE und Norges Bank Investment Management. RWE hält einen Anteil von 51 Prozent und verantwortet den Bau sowie den Betrieb der Offshore-Windparks über deren gesamten Lebenszyklus. Norges Bank Investment Management ist mit 49 Prozent an dem Projekt beteiligt. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Versorger setzen auf bestehende Wärmenetze



Quelle: Pixabay / Gerd Altmann

BRANCHENANALYSE. Stadtwerke und Versorger treiben den Ausbau und Umbau ihrer Wärmenetze weiter voran. Eine Analyse zeigt zugleich Lücken bei Fachkräften, Produkten und Digitalisierung.

Viele Energieversorger arbeiten daran, ihr Wärmegeschäft auszubauen, um sinkende Absätze und Erträge im Gasgeschäft auszugleichen. Dabei setzen sie vor allem auf die vorhandene Infrastruktur: 90 Prozent wollen ihre bestehenden Wärmenetze erweitern, 81 Prozent planen eine Verdichtung. Neue Fernwärmenetze sehen 43 Prozent vor, kleinere Nahwärmenetze und Quartierslösungen 48 Prozent.

Dies geht aus der Branchenanalyse „Wärmewende – Versorger im Wandel“ hervor. Die in Grünwald bei München ansässige Unternehmensberatung PSVDL Consulting befragte dafür seit Juli 2025 insgesamt 22 Energiegenossenschaften, Stadtwerke unterschiedlicher Größe und überregionale Versorger.

Bei der Dekarbonisierung sind demnach die Unternehmen weiter als beim räumlichen Ausbau. 46 Prozent haben ihre Transformationsplanung abgeschlossen, weitere 41 Prozent bereiten sie vor oder arbeiten daran. Die Umsetzung erfolgt meist schrittweise, damit die Versorger ihre Pläne an neue Bedingungen anpassen können.



Branchenanalyse „Wärmewende – Versorger im Wandel“
(zum Öffnen bitte auf das PDF klicken)

Quelle: PSVDL Consulting

Nach Angaben von PSVDL betreiben rund zwei Drittel der befragten Unternehmen Netze mit Temperaturen von mehr als 90 Grad Celsius. Das erschwere vor allem die Einbindung von Wärmequellen mit niedrigerem Temperaturniveau sowie den wirtschaftlichen Einsatz von Großwärmepumpen. Derzeit nutzen 72 Prozent Erdgas als Brückentechnologie. Abwärme folgt mit 52 Prozent, Biomasse und Biogas mit jeweils 43 Prozent.

Künftig wollen viele Befragte vor allem Großwärmepumpen einsetzen, häufig mit Abwärme oder Umweltwärme. Dafür planen sie niedrigere Netztemperaturen, modernisierte Hausanschlussstationen und Großwärmespeicher. Auch grüner Wasserstoff spielt bei einem Teil der Unternehmen eine Rolle. Als „H2-ready“ ausgelegte Gasanlagen müssten für den Brennstoffwechsel jedoch oft noch aufwendig umgerüstet werden, schreibt PSVDL.

Fachkräfte bremsen stärker als Finanzierung

Fehlende Fachkräfte gelten unter den Befragten deutlich häufiger als Hemmnis als der Zugang zu Finanzmitteln. Bei Wärmenetzen bewerten 53 Prozent die Fachkräfteverfügbarkeit negativ, bei dezentralen Wärmelösungen 69 Prozent. Den Zugang zu Finanzmitteln bewerten bei Wärmenetzen 21 Prozent negativ, bei dezentralen Wärmelösungen 13 Prozent.

PSVDL nennt außerdem lange Genehmigungsverfahren und knappe Tiefbaukapazitäten. Ob sich neue Wärmenetze rechnen, hängt laut der Beratung stark von der Anschlussquote ab. Die Studienautoren halten deshalb ein Vorgehen ähnlich dem Glasfaserausbau für sinnvoll: Wohnungsunternehmen, Gewerbebetriebe oder öffentliche Einrichtungen sichern zunächst als Ankerkunden einen Teil des Wärmeabsatzes. Danach sprechen die Versorger weitere Abnehmer entlang der Trasse an. Kommunen können Bauarbeiten koordinieren oder selbst Wärme beziehen.

Bei dezentralen Wärmeangeboten erkennen die Studienautoren bislang wenig Dynamik. Wärmepumpen- und Quartierslösungen stehen im Vordergrund, Contracting ist das verbreitetste Vertriebsmodell. Serviceangebote, bei denen Kunden Wärme oder ein bestimmtes Temperaturniveau statt einer Anlage beziehen, spielen kaum eine Rolle. PSVDL führt die Zurückhaltung auf unsichere Vorgaben und die künftige Förderung zurück. Bei Kleinanlagen konkurrieren Versorger zudem mit spezialisierten überregionalen Anbietern.

Auch bei der Digitalisierung sehen die Befragten Nachholbedarf. 34 Prozent beurteilen den eigenen Stand positiv, 37 Prozent negativ. Je nach Geschäftsbereich erkennen 70 bis 85 Prozent noch mittleres bis sehr hohes Potenzial. Anlagenmonitoring und die digitale Verwaltung von Netz-, Anlagen- und Geodaten nutzen 89 Prozent der befragten Wärmenetzbetreiber bereits ganz oder teilweise. Eine aktive datenbasierte Steuerung ist weniger verbreitet.

Als geeignete Ansätze nennt PSVDL ein schrittweises Vorgehen, Kooperationen mit Kommunen und Dienstleistern sowie den Aufbau von Sensorik, Daten und digitalen Prozessen.

Die 43-seitige Branchenanalyse „**Wärmewende - Versorger im Wandel**“ ist über die Internetseite von PSVDL Consulting downloadbar. (ds) // **VON DAVINA SPOHN**

[^ Zum Inhalt](#)

Volta-X 2027 bündelt Energiethemen in Stuttgart



Quelle: Messe Stuttgart

VERANSTALTUNG. Die Energiemesse findet wieder für drei Tage auf dem Gelände der Messe Stuttgart statt. E&M organisierte als Medienpartner wieder ein Podium.

Von Energiespeichern über Wärmelösungen bis zu Wasserstoff: Die Volta-X will auch 2027 die verschiedenen Bausteine der Energiewende an einem Ort zusammenführen. Vom 2. bis 4. März findet die Fachmesse auf dem Gelände der Messe Stuttgart statt.

Gemeinsam mit den parallel veranstalteten Fachmessen „eltefa“ und „hy-fcell“ positionieren die Veranstalter den Messeverbund als „Energy Hub“ für Strom, Wärme, Mobilität und Wasserstoff.

Die Volta-X versteht sich als Plattform für intelligente Energiesysteme und deren praktische Umsetzung. Im Mittelpunkt stehen Technologien und Dienstleistungen für Energiespeicher, Energiemanagement,

Sektorenkopplung, Netzinfrastruktur, Ladeinfrastruktur, Quartierslösungen sowie die kommunale Energieversorgung. Ergänzt wird das Angebot durch Themen wie strombasierte Wärmelösungen, Industriespeicher sowie Systemtechnik für Wärme- und Kälteversorgung.

Die Messe richtet sich unter anderem an Stadtwerke, Netzbetreiber, Industrie- und Gewerbeunternehmen, Kommunen, Projektentwickler sowie Planungs- und Gebäudetechnikunternehmen. Ziel sei es, den „Energy Hub zu einem Treffpunkt für konkrete Lösungen, neue Partnerschaften und sektorübergreifenden Austausch zu machen“, sagt Florian Schmitz, Direktor Messen und Events der Messe Stuttgart.

Direkt in der Messehalle wird an allen drei Veranstaltungstagen wieder das E&M-Forum stattfinden. Energie & Management ist auch 2027 Medienpartner der Volta-X und organisiert sowie moderiert – wie bereits in den vergangenen Jahren – das dreitägige Diskussionsprogramm.

Geplant sind Fachvorträge, Praxisberichte und Podiumsdiskussionen zu aktuellen Entwicklungen der Energiewirtschaft. Vertreter aus Unternehmen, Verbänden und Wissenschaft werden dabei wirtschaftliche und regulatorische Fragestellungen der Energieversorgung diskutieren.

Neben der Ausstellung bietet die Volta-X weitere Vorträge an. Im Kongresszentrum der Messe findet mit der „Volta-Xchange“ eine Fachkonferenz statt, die Themen wie Energiespeicher, Flexibilität, Sektorenkopplung, industrielle Energieversorgung und kommunale Energieprojekte vertieft.

Nach Angaben der Veranstalter bildet sie eine „Business-Plattform für Lösungsanbieter und Entscheidungsträger“, die den fachlichen Austausch vom kurzen Messeimpuls in der Halle bis zur vertiefenden Diskussion im Kongresszentrum ermöglichen soll. // VON REDAKTION

Diesen Artikel können Sie teilen: [!\[\]\(0b5e7e25e8775f7e7e80906ada4f0021_img.jpg\)](#) [!\[\]\(740312fd467f47b04cab841ab3868d83_img.jpg\)](#) [!\[\]\(dbb8da2687e90ededffd3484b6b666cf_img.jpg\)](#)

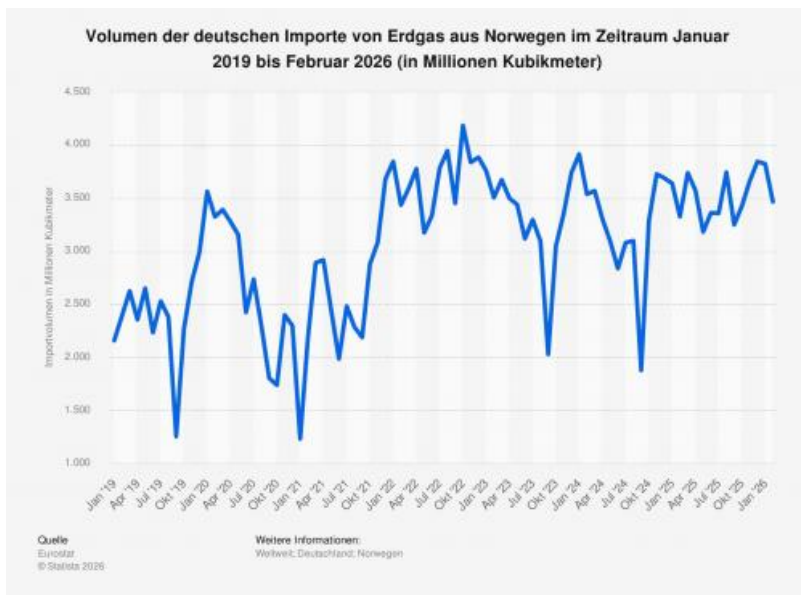
[^ Zum Inhalt](#)

Deutsches Importvolumen von Erdgas aus Norwegen



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES . Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Zur Vollansicht bitte auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Im Februar 2026 importierte Deutschland rund 3,4 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Norwegen. Im Oktober 2022 wurden hingegen über 4 Milliarden Kubikmeter importiert, dies entspricht dem höchsten Importvolumen seit Januar 2019. Im Jahr 2024 stammten rund 48 Prozent der deutschen Erdgasimporte aus dem nordeuropäischen Land. Damit war Norwegen noch vor den Niederlanden der größte Erdgasexporteur für den deutschen Markt. Die Angaben stammen von Eurostat. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

TECHNIK



Quelle: Katia Meyer-Tien

Erste Netzanschlussvergabe nach Reifegrad

STROMNETZ. Auf der Plattform „Netztransparenz.de“ haben die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber den Antragsansturm veröffentlicht. Sie wollen ihn nun nach Reifegrad der Projekte abarbeiten.

Die vier Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) in Deutschland haben Zahlen zur Antragslage im ersten Zyklus des Reifegradverfahrens auf der Plattform Netztransparenz.de veröffentlicht. Sie wollen über einen Netzanschluss nicht mehr nach Eingangsdatum des Antrags entscheiden, sondern vielmehr nach dem Stand der Umsetzung von Projekten.



Antragsvolumen im ersten Reifegradverfahren nach Gebiet des Übertragungsnetzbetreibers -

Für Vollansicht auf die Grafik klicken

Quelle: ÜNB

Im ersten Zyklus dieses Reifegradverfahrens wurden 347 Anträge mit einer kumulierten Bezugsleistung von 156,4 GW eingereicht. Angesichts der hohen insgesamt beantragten Leistung sei es notwendig, die Anträge zur Vergabe von Anschlusskapazitäten zu priorisieren, damit besonders umsetzungsreife Projekte gezielt an das Netz angeschlossen werden können, so die ÜNB. Dafür wenden die Übertragungsnetzbetreiber den am 1. April vorgestellten Bewertungsansatz an: Die Anträge werden anhand verschiedener Reifegradkriterien priorisiert und anschließend im Rahmen einer Netzberechnung technisch bewertet. Demnach gingen bei 50 Hertz Anschlussbegehren über insgesamt 179.000 MW ein, bei Amprion über 62.000 MW, bei TenneT über 72.000 MW und bei Transnet BW über 34.000 MW.

Bei der kumulierten Leistung der Anträge handelt es sich um die Summe der Bezugsleistungen der geplanten Netzanschlussvorhaben, präzisieren die ÜNB. Dies sei beispielsweise im Falle einer Überbauung nicht zwingend identisch mit der Summe der beantragten Anschlusswirkleistungen an den Netzen. (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Neue Anschlussvereinbarung von Westnetz für Speicher



Quelle: Fotolia / malp

STROMSPEICHER. Westnetz erweitert seine flexiblen Anschlussvereinbarungen auf Graustromspeicher an Standorten mit Wind- oder Solaranlagen.

Westnetz will den Anschluss von Batteriespeichern im Verteilnetz weiter beschleunigen. Der Verteilnetzbetreiber aus dem Eon-Konzern bietet dafür ab sofort eine flexible Anschlussvereinbarung für Graustromspeicher an, die gemeinsam mit einer Wind- oder Photovoltaikanlage an einem Standort betrieben werden. Mit einem solchen „Co-Located“-Konzept können vorhandene Netzkapazitäten besser genutzt und die Anschlüsse zusätzlicher Speicher ermöglicht werden.

Hintergrund der neuen Anschlussvereinbarung ist der unterschiedliche Betrieb von Batteriespeichern. Reine Grünstromspeicher an einem Wind- oder Solarpark werden ausschließlich mit dem dort erzeugten Strom geladen und verschieben dessen Einspeisung zeitlich. Graustromspeicher können dagegen zusätzlich Strom aus dem öffentlichen Netz aufnehmen. Dadurch entstehen weitere Lastfälle, die bei der Auslegung des Netzanschlusses berücksichtigt werden müssen.

Mit der neuen Vereinbarung ermöglicht Westnetz nun auch für solche Speicher einen gemeinsamen Netzanschluss mit einer Erneuerbare-Energien-Anlage. So könnten diese Graustromspeicher schneller als herkömmliche Graustromspeicher angeschlossen werden. Der Verteilnetzbetreiber knüpft damit an bereits eingeführte flexible Anschlussmodelle an.

Voraussetzung sind technische Vorgaben, die unter anderem die maximale Einspeiseleistung am Netzanschlusspunkt begrenzen und die Fahrweise des Speichers an die jeweilige Netzsituation anpassen. Dadurch sollen vorhandene Netzkapazitäten besser genutzt werden, ohne zusätzliche Engpässe zu verursachen. Demnach wird der Netzanschluss dauerhaft auf eine maximale Einspeiseleistung begrenzt. Die Summe der Einspeisung von Speicher und Erzeugungsanlage darf diesen Wert nicht überschreiten. Die Einhaltung soll ein Regler überwachen.

Anschlussanfragen über 116 GW bei Westnetz

Hinzu kommen Vorgaben für den Speicherbetrieb bei hoher Auslastung des Netzes. An Tagen mit einer hohen regionalen Wind- und Solarstromerzeugung wird die Einspeiseleistung des Batteriespeichers ab einem festgelegten Schwellenwert schrittweise reduziert. Grundlage hierfür sind Erzeugungsprognosen für Wind- und Photovoltaikanlagen in der jeweiligen Region. Nach Angaben von Westnetz sollen so regionale Netzengpässe vermieden und Redispatch-Maßnahmen verringert werden.

Innerhalb dieser technischen Rahmenbedingungen entscheiden die Anlagenbetreiber weiterhin selbst über die Fahrweise ihrer Anlagen. Sie legen unter anderem fest, wann Strom aus der Erzeugungsanlage eingespeist, wann Energie aus dem Batteriespeicher abgegeben und ob der Speicher mit lokal erzeugtem oder mit Netzstrom geladen wird.

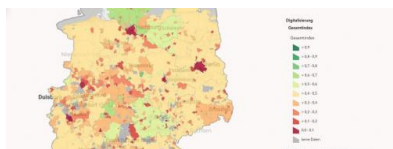
Hintergrund der neuen Anschlussvereinbarung ist die stark gestiegene Nachfrage nach Netzanschlüssen für Batteriespeicher. Im Netzgebiet von Westnetz liegen nach Unternehmensangaben inzwischen Anschlussanfragen für Batteriespeicher mit einer Leistung von rund 116.000 MW vor. Dies entspricht fast dem Zehnfachen der im Jahr 2024 gemessenen Höchstlast des Netzes von rund 12.000 MW. Nach Angaben des Unternehmens wurden bereits Speicherprojekte mit einer Gesamtleistung positiv bewertet oder umgesetzt, die rechnerisch etwa der doppelten Spitzenlast Berlins entsprechen.

Rechtliche Grundlage für Co-Location-Ansätze sind die im vergangenen Jahr geschaffenen Möglichkeiten, Netzanschlüsse flexibler auszugestalten. Dabei muss die volle beantragte Anschlussleistung nicht dauerhaft bereitgestellt werden. Stattdessen wird standortbezogen ermittelt, welche Leistung unter Berücksichtigung der jeweiligen Betriebsweise der Anlagen tatsächlich zur Verfügung gestellt werden kann. Nach Darstellung von Westnetz sollen sich dadurch nicht nur bestehende Netzkapazitäten effizienter nutzen, sondern auch Netzausbaumaßnahmen teilweise vermeiden lassen. (fw) // VON FRITZ WILHELM

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Bundesnetzagentur publiziert Karte zur Netzqualität



Index der Digitalisierung im Verteilernetz
Strom Quelle: Bundesnetzagentur

STROMNETZ. Die Bundesnetzagentur hat eine Deutschlandkarte zur Versorgungsqualität von Stromverteilernetzbetreibern veröffentlicht. Sie soll Fortschritte bei der Digitalisierung zeigen.

Die Bundesnetzagentur hat am 22. Juli 2026 eine Deutschlandkarte zur Versorgungsqualität der Stromverteilernetzbetreiber veröffentlicht. Nach Angaben der Behörde soll das neue Online-Angebot die Leistungsfähigkeit der Netzbetreiber transparent machen und Anreize für Verbesserungen schaffen.

Die Karte bündelt zentrale Kennzahlen zur Versorgungsqualität und zeigt, wie weit die einzelnen Verteilernetzbetreiber bei der Umsetzung der Energiewende und der Digitalisierung ihrer Netze sind. Nutzer können unter anderem nachvollziehen, wie lange ein Netzbetreiber durchschnittlich für die Herstellung eines Netzanschlusses benötigt, welche Bereiche des Netzbetriebs digitalisiert sind und wie viele Minuten Letztverbraucher im jeweiligen Netzgebiet durchschnittlich von Versorgungsunterbrechungen betroffen waren.

Nach Angaben der Behörde sollen die veröffentlichten Kennzahlen die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit der Verteilernetze vergleichbar machen. Gleichzeitig will die Behörde die Entwicklung der Netzbetreiber für Unternehmen, Verbraucher und Regulierungsbehörden nachvollziehbarer darstellen.

„Mit der Karte zur Versorgungsqualität schaffen wir Transparenz über die Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit, also die Energiewendekompetenz und den Digitalisierungsgrad der Verteilernetzbetreiber. So setzen wir Anreize für Verbesserungen“, erklärte Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur.

Daten werden regelmäßig aktualisiert

Laut der Behörde basiert die Deutschlandkarte auf Kennzahlen, die im Rahmen der Qualitätsregulierung für Betreiber von Elektrizitäts- und Gasverteilernetzen erhoben werden. Derzeit enthält sie Daten für das Berichtsjahr 2024. Die Bundesnetzagentur will die Kennzahlen jährlich aktualisieren und die Karte schrittweise um weitere Informationen ergänzen, um so Fortschritte bei der Modernisierung der Verteilernetze sichtbar zu machen.

Die Kennzahlen sollen insbesondere aufzeigen, wie Netzbetreiber den Ausbau der Stromnetze vorantreiben und digitale Prozesse im Netzbetrieb einsetzen. Nach Angaben der Bundesnetzagentur soll die höhere Transparenz zugleich einen Anreiz schaffen, die Leistungsfähigkeit der Verteilernetze weiter zu verbessern.

Die [interaktive Karte zur Versorgungsqualität im Verteilnetz](#) steht im Internet bereit. (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

Edna veröffentlicht Standardschnittstelle für Steuerung von Anlagen



Quelle: iStock / zhudifen

IT. Der Edna-Bundesverband hat die Spezifikation einer Standardschnittstelle zwischen ERP-Systemen und Niederspannungsleitsystemen veröffentlicht.

Der Edna Bundesverband Energiemarkt & Kommunikation hat die Spezifikation seiner neuen Standardschnittstelle für den Datenaustausch zwischen ERP-Systemen und Niederspannungsleitsystemen (NLS) veröffentlicht. Die Beschreibung der NLS/ERP-Schnittstelle steht ab sofort auf der Internetseite des Verbands zum Download bereit. Eine erste Version war bereits pünktlich zur E-world 2026 vorgestellt worden.

Nach Angaben des Verbands soll der Standard einen verlässlichen Datenaustausch als Grundlage für die Steuerung im Niederspannungsnetz schaffen. Ziel sei es, die Schnittstelle marktweit einzusetzen. Unternehmen seien eingeladen, die Weiterentwicklung aktiv zu begleiten. Um auf das Know-how und die Arbeitsergebnisse der Edna-Projektgruppe §14a zugreifen zu können, sei allerdings eine Mitgliedschaft im Verband erforderlich, erklärte Projektgruppenleiter Frank Technow von IVU Informationssysteme.

An der Entwicklung waren nach Verbandsangaben zahlreiche Softwareanbieter beteiligt, darunter ERP-Hersteller und Dienstleister wie IVU Informationssysteme, Kraftwerk Software, Schleupen, SIV und Wilken sowie Anbieter von Niederspannungsleitsystemen wie Envelio, Kisters, Venios, Vivavis und Zertificon. Die Schnittstelle basiert auf einer REST-API und ist damit auch für große Datenmengen ausgelegt.

Eine standardisierte Schnittstelle gilt als wichtiger Baustein für die Umsetzung der Vorgaben nach § 14a EnWG. Sie soll den Datenaustausch zwischen Netzbetrieb und kaufmännischen Systemen vereinheitlichen, den Integrationsaufwand verringern und die Interoperabilität zwischen Lösungen verschiedener Hersteller verbessern. Gerade mit Blick auf den zunehmenden Einsatz von Niederspannungsleitsystemen hatten zahlreiche Unternehmen auf der E-world 2026 die Bedeutung offener, herstellerübergreifender Standards hervorgehoben. (fw) // VON FRITZ WILHELM

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Standort von Sunfire in Dresden. Quelle: Sunfire

Sunfire wird Vorzugspartner von Nordic Ren-Gas

BETEILIGUNG. Nordic Ren-Gas macht Sunfire zum bevorzugten Elektrolysepartner. Die Unternehmen wollen damit weitere Wasserstoff- und E-Methan-Projekte in Europa umsetzen.

Der Projektentwickler Nordic Ren-Gas will für seine weiteren Wasserstoff- und E-Methan-Anlagen vorrangig Elektrolyseure von Sunfire einsetzen. Beide Unternehmen haben dazu eine langfristige Partnerschaft geschlossen, wie sie in einer Mitteilung vom 22. Juli bekannt geben. Angaben zu konkreten Folgeprojekten, deren Leistung oder dem möglichen Auftragsvolumen machen sie bislang nicht.

Nordic Ren-Gas wurde 2021 im südfinnischen Espoo nahe Helsinki gegründet. Das Unternehmen entwickelt nach eigenen Angaben ein dezentrales Netz von Power-to-Gas-Anlagen. Die Projekte sollen erneuerbaren Strom zunächst in Wasserstoff umwandeln. Zusammen mit abgeschiedenem CO₂ aus biogenen Quellen, etwa aus der Verbrennung von Biomasse, entsteht daraus synthetisches Methan. Dieses E-Methan soll vor allem für den Schwerlastverkehr, die Schifffahrt und andere schwer zu elektrifizierende Anwendungen bereitgestellt werden. Die bei der Produktion anfallende Wärme soll in örtliche Fernwärmenetze fließen.

Anfallende Wärme soll ins Fernwärmenetz eingespeist werden

Mit der Vereinbarung wird Sunfire, wie es weiter heißt, zum bevorzugten Technologiepartner für das gesamte Projektportfolio von Nordic Ren-Gas. Die Finnen setzen dabei auf die Druck-Alkali-Elektrolyse des Dresdner Herstellers. Nordic Ren-Gas verweist insbesondere auf das von Sunfire vorgestellte System „HyLink Alkaline 23“, ein Elektrolysesystem mit einer Leistung von 50 MW für große Wasserstoffprojekte.

Grundlage der vertieften Kooperation ist das geplante E-Methan-Werk von Nordic Ren-Gas in Tampere, rund 180 Kilometer nördlich von Helsinki. Bereits im November 2024 beauftragte Nordic Ren-Gas Sunfire mit dem Elektrolyseur für das Werk. Der damalige Auftrag umfasst fünf Druck-Alkali-Module mit jeweils 10 MW und damit insgesamt 50 MW. Neben Entwicklung und Fertigung gehören auch Tests und die Lieferung der Module zum Auftrag. Zudem soll der Hersteller die Montage und Inbetriebnahme begleiten und die Leistungsfähigkeit der Anlage prüfen. Der Elektrolyseur erzeugt den Wasserstoff, den Nordic Ren-Gas anschließend zusammen mit abgeschiedenem CO₂ zu E-Methan verarbeitet.

Tampere ist damit das bislang öffentlich bekannte gemeinsame Projekt der beiden Unternehmen. Die ebenfalls in der aktuellen Mitteilung genannte Anlage in Harjavalta gehört nicht zur Zusammenarbeit mit Nordic Ren-Gas. Dort lieferte Sunfire einen Druck-Alkali-Elektrolyseur mit 20 MW an den finnischen Wasserstoffproduzenten P2X Solutions. Die Anlage nahm 2025 den kommerziellen Betrieb auf.

Nordic Ren-Gas hat auch die Vermarktung der geplanten Produktion in Tampere vorangetrieben. Anfang Juli dieses Jahres vereinbarte Nordic Ren-Gas mit der Schweizer Avanca Energy AG und deren Tochtergesellschaften eine langfristige Abnahme von erneuerbarem E-Methan. Avanca bündelt das Geschäft mit erneuerbaren Kraftstoffen, während die im niedersächsischen Steinfeld ansässige Altonoil ein LNG-Tankstellennetz für den Schwerlastverkehr betreibt. Das Vertragsvolumen beläuft sich laut Nordic Ren-Gas über die gesamte Laufzeit auf rund eine Milliarde Euro. Altonoil will den Kraftstoff über bestehende Gasinfrastruktur und sein Tankstellennetz an Unternehmen im europäischen Schwerlastverkehr vermarkten.

Sunfire baut Fertigung in Deutschland aus

Sunfire ist Hersteller industrieller Elektrolyseure. Das Unternehmen mit Hauptsitz in Dresden entwickelt sowohl Druck-Alkali-Elektrolyseure als auch Festoxid-Elektrolyseure, die Wasserdampf bei hohen Temperaturen spalten. Sunfire beschäftigt nach eigenen Angaben über 700 Menschen und unterhält Produktionsstandorte in Dresden, Solingen und Magdeburg.

Für den Aufbau einer industriellen Serienfertigung erhielt das Unternehmen 2023 einen Förderbescheid über rund 162 Millionen Euro von Bund und Land. Das Vorhaben „Sunfire 1500+“ ist Teil eines wichtigen Vorhabens von gemeinsamem europäischem Interesse, eines sogenannten Important Project of Common European Interest (IPCEI). Sunfire soll damit die Produktion seiner beiden Elektrolysetechnologien in Deutschland ausbauen.

Zu den größeren deutschen Projekten von Sunfire zählt ein Druck-Alkali-Elektrolyseur mit 100 MW für RWE am Standort Lingen. Die Anlage soll Ende 2027 in Betrieb gehen und bis zu zwei Tonnen Wasserstoff pro Stunde erzeugen. Für den Energiepark Bad Lauchstädt in Sachsen-Anhalt liefert Sunfire zudem einen Elektrolyseur mit 30 MW. Dieser soll die regionale Chemieindustrie mit erneuerbarem Wasserstoff versorgen. (ds) // **VON DAVINA SPOHN**

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

 Energietechnik
  Erneuerbare Energien
  Energiemanagement

 **08152 93 11 88**
 **www.energiejobs.online**

Fernwärme für über 5.000 Wohnungen in Bremerhaven



Quelle: Shutterstock / Ayrat A

WÄRMENETZ. Stäwog und SWB wollen die Wärmeversorgung von mehr als 5.000 Wohnungen in Bremerhaven umbauen. Ein Rahmenvertrag verbindet Fernwärme mit dezentralen Lösungen.

Die SWB AG, die als Energieversorger auch Wärmelösungen anbietet, und die „Städtische Wohnungsgesellschaft Bremerhaven mbH (STÄWOG)“ haben eine langfristige Kooperation vereinbart. Ein Rahmenvertrag soll die Grundlage dafür schaffen, die Wärmeversorgung des kommunalen Wohnungsbestands schrittweise umzustellen. Er umfasst nach Angaben der Partner mehr als 5.000 Wohnungen.

Den größten Teil der Stäwog-Gebäude will der Versorger aus Bremen, der früher als Stadtwerke Bremen firmierte und heute eine Tochtergesellschaft von EWE ist, künftig über das Fernwärmenetz versorgen. Die Partner wollen dabei nicht nach einem einheitlichen Schema vorgehen, sondern die Lösung an Lage, Gebäudestruktur und Wirtschaftlichkeit anpassen. Für Häuser, bei denen sich ein Fernwärmeanschluss nicht rechnet, sollen dezentrale Versorgungskonzepte entstehen.

SWB und Stäwog wollen den Ausbau der Fernwärme mit der Modernisierung des Wohnungsbestands abstimmen. Dies betrifft sowohl bestehende Wohngebiete als auch die Entwicklung neuer Quartiere. Besonders in dicht bebauten Bestandsquartieren sehen die beiden Unternehmen die leitungsgebundene Wärmeversorgung als wichtigen Baustein für die Umstellung auf klimaverträglichere Heizsysteme.

Modell für Kooperationen mit weiteren Wohnungsunternehmen

SWB-Vorstand Gunnar Geise bezeichnete die langfristige Planung als Voraussetzung für den weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes. Die Kooperation knüpfe an eine bereits bestehende Zusammenarbeit mit

der Wohnungsgesellschaft an. Stäwog-Geschäftsführer Sieghard Lückehe erklärte, die Gesellschaft wolle ihren Bestand schrittweise auf eine CO₂-freie Wärmeversorgung ausrichten. Der Vertrag solle dafür eine verlässliche Grundlage schaffen.

Von dem Ausbau könnten nach Einschätzung der Stäwog auch andere Hauseigentümer in Bremerhaven profitieren, wenn in ihrer Nähe neue Fernwärmeleitungen entstehen. Ob und in welchem Umfang zusätzliche Gebäude angeschlossen werden können, hängt allerdings von der konkreten Netzplanung ab.

Die SWB sieht den Rahmenvertrag zugleich als mögliches Modell für weitere Kooperationen mit Wohnungsunternehmen in Bremen und Bremerhaven. Konkrete Gespräche oder weitere Partner nennt das Unternehmen nicht. Für die Umsetzung der jetzt vereinbarten Zusammenarbeit müssen beide Seiten noch gebäudescharfe Konzepte, Zeitpläne und technische Lösungen festlegen. (ds) // VON DAVINA SPOHN

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerke gründen Bergische Kooperation



Quelle: Pixabay / Mohamed Hassan

BETEILIGUNG. Die Stadtwerke Solingen, Remscheid und Wuppertal gründen eine gemeinsame Gesellschaft für Erneuerbare-Energien-Projekte und Energiedienstleistungen. Der Start ist für Oktober geplant.

Die Stadtwerke Solingen, Remscheid und Wuppertal wollen ihre Zusammenarbeit beim Ausbau von Erneuerbare-Energie-Projekte in einer gemeinsamen Gesellschaft bündeln. Die drei kommunalen Versorger gründen dafür die Kooperationsgesellschaft Stadtwerke Bergisches Land mbH, an der sie jeweils zu einem Drittel beteiligt sein werden. Die Räte aller drei Städte haben dem Vorhaben bereits zugestimmt. Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht soll die notarielle Gründung im Oktober 2026 erfolgen.

Die Gesellschaft erhält ihren Sitz in Wuppertal und soll zugleich Betriebsstätten in allen drei Kommunen unterhalten. Ziel ist es, Projekte zur Entwicklung, Finanzierung, Errichtung und zum Betrieb von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien gemeinsam umzusetzen. Im Mittelpunkt stehen nach Angaben der beteiligten Unternehmen zunächst Photovoltaik- und Batteriespeicherprojekte. Darüber hinaus sollen gemeinsame Produkte und Energiedienstleistungen für private Haushalte entwickelt werden.

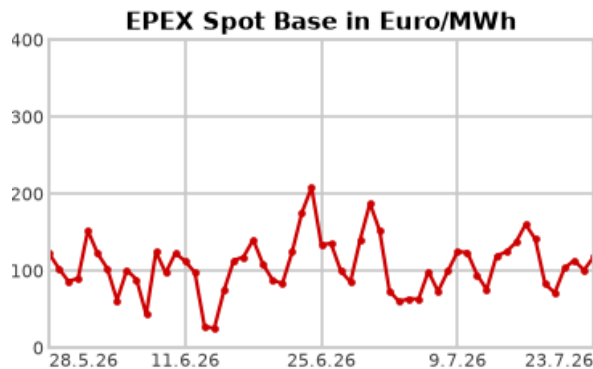
Mit der Kooperation wollen die Stadtwerke technisches Know-how, personelle Ressourcen und Finanzierungsmöglichkeiten zusammenführen. Dadurch sollen Projekte wirtschaftlicher umgesetzt, Skaleneffekte genutzt und Risiken auf mehrere Partner verteilt werden. Zugleich soll die Zusammenarbeit die regionale Wertschöpfung stärken und die Klimaschutzziele der drei Kommunen unterstützen.

Die Gründung knüpft an eine bereits intensivierte Zusammenarbeit der Oberbürgermeister von Solingen, Wuppertal und Remscheid an. Nun werde diese Zusammenarbeit auf die kommunalen Energieversorger ausgeweitet. Die Geschäftsführer der drei Stadtwerke erklärten, die interkommunale Kooperation schaffe eine verlässliche Grundlage für weitere gemeinsame Projekte. Organisatorisch ist eine rotierende Vorsitzregelung in der Gesellschafterversammlung vorgesehen. Die Geschäftsführung soll langfristig extern besetzt werden. Bis dahin übernimmt Christoph Nath, Geschäftsführer der Stadtwerke Remscheid, diese Aufgabe kommissarisch. (fw) // VON FRITZ WILHELM

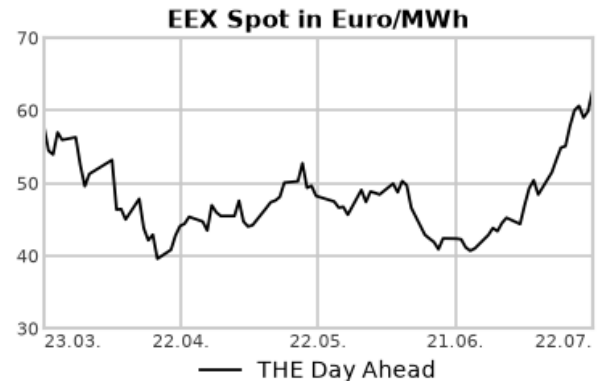
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



LNG-Sorgen lassen Gaspreise steigen



MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Durch die Bank fester haben sich die Energiemärkte zur Wochenmitte präsentiert. In erster Linie sorgte die weitere Eskalation des Konflikts zwischen den USA und dem Iran für kräftige Aufschläge bei Erdgas, Kohle und Rohöl. Die CO₂-Preise konnten sich dem am Mittwoch nicht entziehen. Im Mittelpunkt stehen die anhaltenden Risiken für die Energieversorgung aus der Golfregion.

Neben den Einschränkungen im Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus rücken nun auch mögliche Störungen im Roten Meer in den Fokus. Für Europa wächst damit die Sorge, dass sich die Befüllung der Gasspeicher weiter verteuert. Insgesamt bestimmen geopolitische Risiken und die Aussicht auf ein knapperes Energieangebot weiterhin die Preisentwicklung an den internationalen Energiemärkten.

Strom: Durch die Bank fester hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Mittwoch präsentiert. Der Day-ahead gewann im Base 17,25 auf 118,00 Euro je Megawattstunde und im Peak 24,00 auf 78,50 Euro je Megawattstunde.

Für Donnerstag erwarten die Meteorologen einen Rückgang bei der Einspeiseleistung der Erneuerbaren von 36,7 auf 32,9 Gigawatt. Ein noch deutlicheres Minus wird für den Freitag erwartet, wo nur noch 24 Gigawatt an Wind- und Solar-Einspeiseleistung anfallen dürften. An den darauf folgenden Tagen erwarten die Meteorologen relativ konstante Werte auf dem Niveau vom Freitag.

Am langen Ende gewann das Strom-Frontjahr bis zum Mittwochnachmittag um 3,88 auf 109,80 Euro je Megawattstunde hinzu.

CO₂: Mit einem deutlichen Plus hat der CO₂-Markt am Berichtstag notiert. Der Dec 26 gewann bis gegen 14.00 Uhr 1,18 auf 84,38 Euro je Tonne hinzu. Umgesetzt wurden bis zu diesem Zeitpunkt 16,3 Millionen Zertifikate. Das Hoch lag bei 85,29 Euro, das Tief bei 83,09 Euro.

Nach Einschätzung der Analysten der Commerzbank dürfte es für den europäischen CO₂-Preis durch die geplante Reform des EU-ETS kurz- und mittelfristig kaum Preisdruck nach unten geben. Längerfristig dürfte durch das größer als bisher geplante Angebot der Aufwärtsdruck aber etwas abgebremst werden, denn der Markt verknappte sich langsamer als gedacht.

Erdgas: Die europäischen Gaspreise haben am Mittwoch kräftig zugelegt. Der Frontmonat am niederländischen TTF verteuerte sich um 3,30 auf 62,65 Euro je Megawattstunde. Am deutschen THE ging es für den Day-ahead um 3,325 auf 63,160 Euro je Megawattstunde nach oben.

Ausschlaggebend für die Preissteigerung war die weitere Eskalation des Konflikts zwischen den USA und dem Iran.

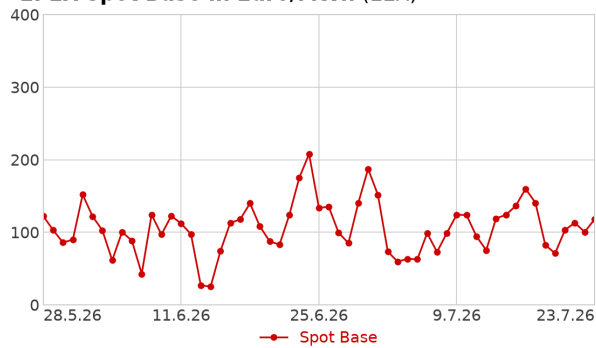
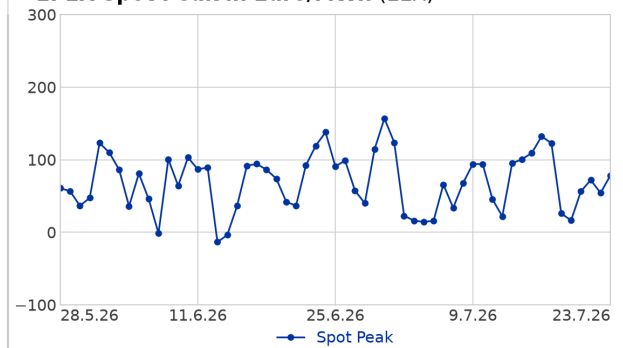
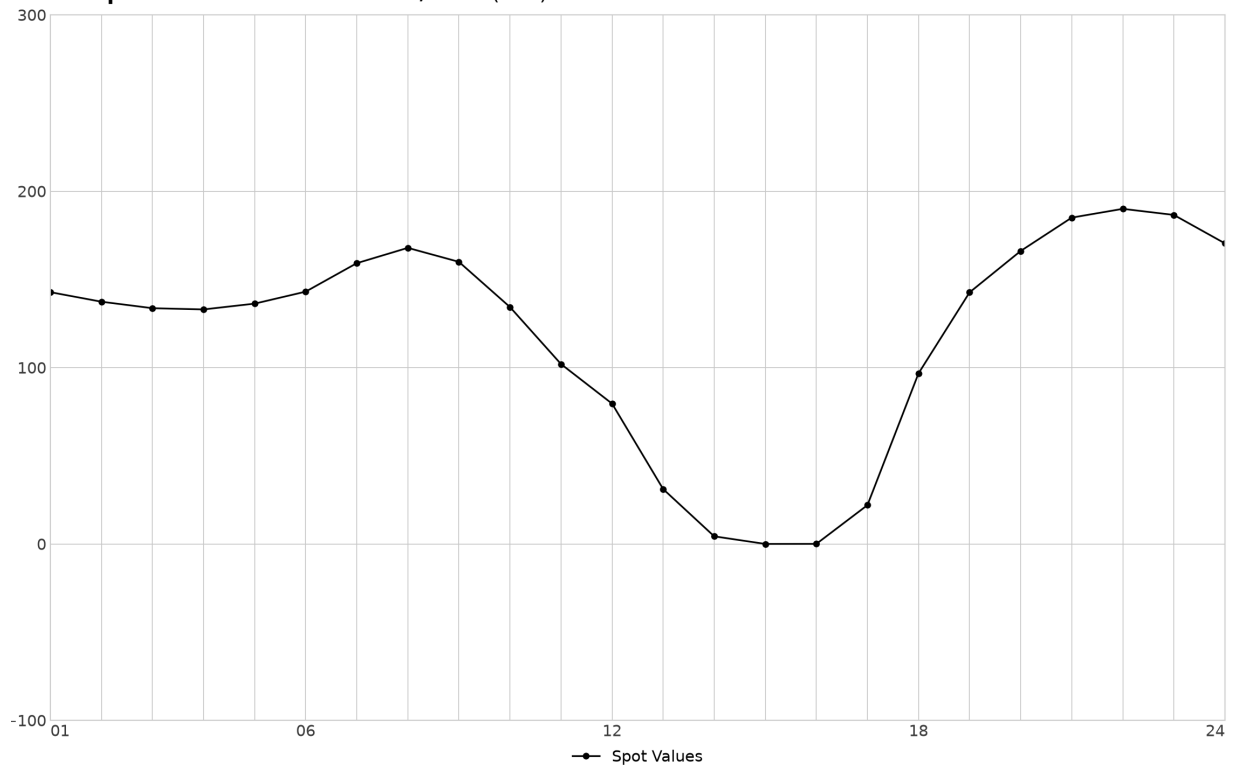
Der anhaltende Konflikt beeinträchtigt den Tankerverkehr durch die Straße von Hormus und schränkt die LNG-Exporte aus der Golfregion ein. Dadurch wachsen die Sorgen über eine Verknappung des globalen Erdgasangebots.

Europa befindet sich derzeit mitten in der Befüllung seiner Gasspeicher für die kommende Heizperiode. Sollten aus der Golfregion weniger LNG-Lieferungen verfügbar sein, dürfte sich der Wettbewerb mit asiatischen Abnehmern um freie LNG-Ladungen verschärfen und die Beschaffungskosten für Europa weiter erhöhen.

Der Füllstand der europäischen Gasspeicher liegt derzeit bei weniger als 54 Prozent. Im Vorjahr waren es zum gleichen Zeitpunkt 64 Prozent. Für die Befüllung der Speicher im Herbst könnten europäische Abnehmer nach Einschätzung der Analysten von ICIS rund 54 Euro je Megawattstunde zahlen müssen. Sollte der Winter früher und kälter beginnen als erwartet, könnten die Preise auf bis zu 60 Euro je Megawattstunde steigen.

Das Analysehaus geht davon aus, dass dauerhaft hohe Gaspreise von rund 60 Euro je Megawattstunde staatliche Eingriffe erforderlich machen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Die Modellrechnungen von ICIS gehen allerdings weiterhin davon aus, dass die europäischen Gasspeicher ihre Zielvorgaben bis Ende November erreichen können. (map) // VON MARIE PFEFFERKORN

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	22.07.26	German Power Aug-2026	133,65
M2	22.07.26	German Power Sep-2026	145,19
M3	22.07.26	German Power Oct-2026	142,18
Q1	22.07.26	German Power Q4-2026	145,88
Q2	22.07.26	German Power Q1-2027	135,39
Q3	22.07.26	German Power Q2-2027	93,68
Y1	22.07.26	German Power Cal-2027	110,08
Y2	22.07.26	German Power Cal-2028	89,67
Y3	22.07.26	German Power Cal-2029	79,54

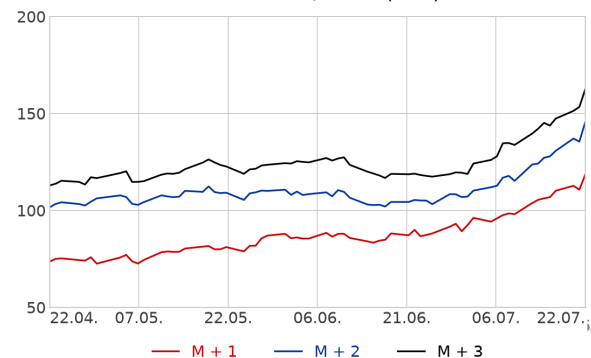
Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	22.07.26	German Power Aug-2026	118,45
M2	22.07.26	German Power Sep-2026	145,46
M3	22.07.26	German Power Oct-2026	162,40
Q1	22.07.26	German Power Q4-2026	177,41
Q2	22.07.26	German Power Q1-2027	157,10
Q3	22.07.26	German Power Q2-2027	78,48
Y1	22.07.26	German Power Cal-2027	116,21
Y2	22.07.26	German Power Cal-2028	95,43
Y3	22.07.26	German Power Cal-2029	85,74

Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



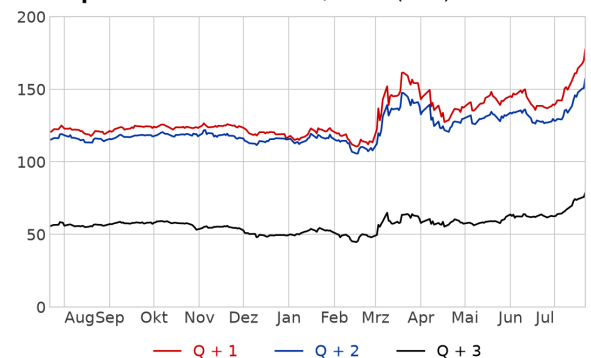
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)

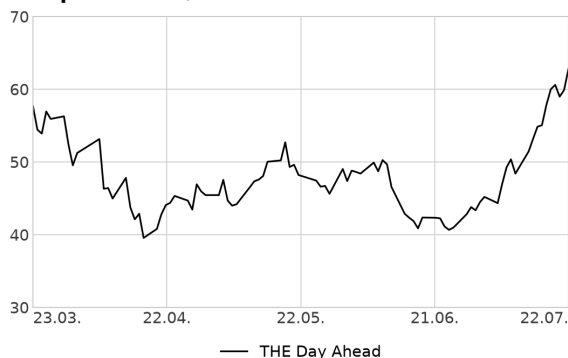


Gas Spot- und Terminmarkt

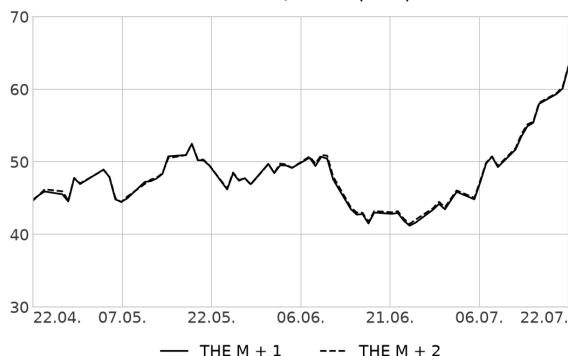
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	22.07.26	German THE Gas Aug-2026	63,15
M2	22.07.26	German THE Gas Sep-2026	63,25
Q1	22.07.26	German THE Gas Q4-2026	63,10
Q2	22.07.26	German THE Gas Q1-2027	59,73
S1	22.07.26	German THE Gas Win-2026	61,43
S2	22.07.26	German THE Gas Sum-2027	41,68
Y1	22.07.26	German THE Gas Cal-2027	45,80
Y2	22.07.26	German THE Gas Cal-2028	31,54

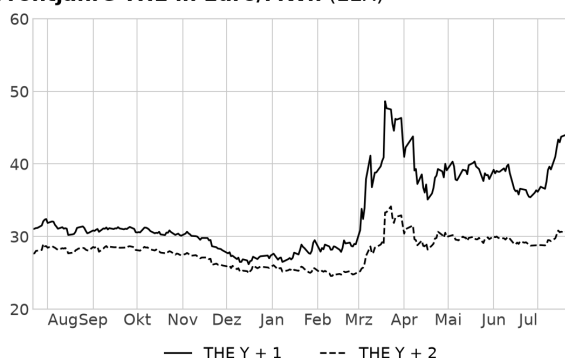
EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



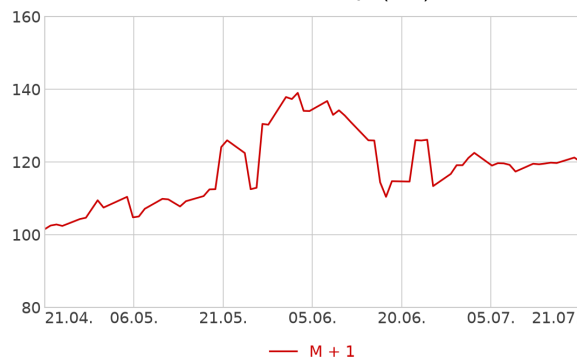
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	22.07.26	117,65	EUR/MWh
Germany Spot peak	22.07.26	78,22	EUR/MWh
EUA August	22.07.26	85,77	EUR/tonne
Coal API2 August 2026	21.07.26	120,10	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day AI	22.07.26	62,83	EUR/MWh
German THE Gas Aug-2026	22.07.26	63,15	EUR/MWh
German THE Gas Cal-2026	22.07.26	45,80	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	22.07.26	94,07	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Mitarbeiter:in im Netzbetrieb Abwasser (w/m/d) Standort Wilmersdorf

Über uns Die Berliner Wasserbetriebe sind mit knapp 4.900 Mitarbeiter:innen das größte Unternehmen...
in Berlin

vor 2 h

● Ausbildung ● Homeoffice / Sabbatical



Stellvertretender Marktleiter / Filialleiter (m/w/d) Ingolstadt 0366300560

Ort: 85053 Ingolstadt | Vertragsart: Teilzeit, unbefristet | Job-ID: 960807 PENNY ist Teil der REWE Grou...
in Ingolstadt

vor 2 h

● Festanstellung



Sehr gut bezahlter Job mit optimalen Arbeitszeiten als Fotograf:in in MÜNCHEN, Augsburg...

Wir sind ein Unternehmen, das sich auf lebendige Kindergarten- & Schulfotos spezialisiert hat. Wir mö...
in Stuttgart

vor 2 h

● Freie Mitarbeit



Photovoltaik und Wärmepumpe Vertriebsmitarbeiter (m/w/d)

Über uns Wir sind ein etabliertes, regional verankertes Unternehmen mit Sitz in Hüfingen dynamisch, p...
in Hüfingen

vor 2 h



Teamleiter*in Service & Sicherheit (Fahrgastmanagement)

Komm ins #TeamHerzschlag Wer zu uns kommt, bewegt etwas. Eine Millionenstadt zum Beispiel. Un...
in Köln

vor 2 h

● Projektleitung ● Festanstellung ● Homeoffice / Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit /
Betriebsarzt

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

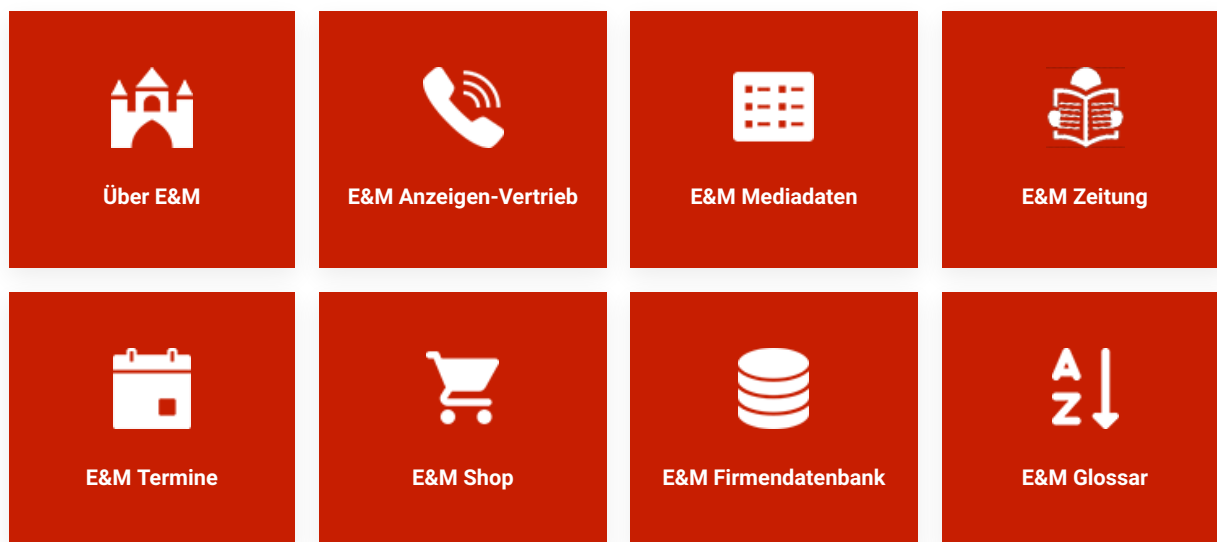


Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

